

[View this email in your browser](#)

# RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 7 2022

1. Regional
2. El Salvador
3. Guatemala
4. Honduras
5. Nicaragua

*Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?*

Gerne an: [koordination@rt-za.de](mailto:koordination@rt-za.de)

## 1. Regional

**Klimakrise:** Mitte Oktober zog der Hurrikan Julia durch Mittelamerika und verursachte mindestens 28 Todesopfer, vor allem in Guatemala und El Salvador. Tausende von Menschen in Nicaragua, Honduras, Guatemala und El Salvador mussten aus ihren Häusern evakuiert werden, und die Regenfälle und Erdbeben verursachten schwere Schäden an Häusern, Straßen und Schulen. Der Hurrikan gefährdete auch die Ernährungssicherheit der Menschen in der mittelamerikanischen Region, da Ernten von Klein- und Großbauer\*innen im Wert von mehreren Millionen Dollar beschädigt wurden.

**Migration:** Der Temporary Protection Status (TPS, auf Deutsch: vorübergehender Schutzstatus) für Migrant\*innen aus El Salvador, Honduras und Nicaragua in den USA läuft am 31. Dezember 2022 aus. Migrationsrechtsorganisationen haben Präsident Joe Biden dazu aufgefordert, das Programm zu verlängern und aufgrund der jüngsten Naturkatastrophen auch Guatemala einzubeziehen. Das TPS für Honduras und Nicaragua begann 1999, das für El Salvador nach Naturkatastrophen in 2001.

**Tagung zu Migration und Flucht:** Die Evangelische Akademie Bad Boll lädt in Kooperation mit Engagement Global, der Betriebsseelsorge Stuttgart und dem Forum der Kulturen zur Veranstaltung "Migration und Flucht am Beispiel von Zentralamerika" ein. Am Beispiel Mittelamerikas und mit internationalen Gästen sollen Fluchtursachen analysiert und Lösungsansätze diskutiert werden. [Hier zu weiteren Infos.](#)

**Speakers-Tour:** Vom 22. Oktober bis 6. November reisen drei Klima-Expert\*innen aus El Salvador, Nicaragua und Honduras durch Europa und sprechen mit Politiker\*innen und Aktivist\*innen. Weitere Infos zur Rundreise sowie interessante Termine sind [auf der Webseite der Christliche-Initiative-Romero](#) zu finden.

## 2. El Salvador

**Wahl 2024:** Der Kongress hat ein Gesetz verabschiedet, das es im Ausland lebenden Salvadorianer\*innen ermöglicht, [2024 elektronisch und online zu wählen](#). Oppositionsparteien, Akademiker\*innen und Teile der Zivilgesellschaft lehnen den Plan ab, da er [Wahlbetrug Tür und Tor öffnen könnte](#) und [die Sicherheit der Daten der Bürger nicht gewährleistet](#). Alle im Ausland lebenden Salvadorianer\*innen werden die Abgeordneten des Departements San Salvador wählen, unabhängig von ihrem Herkunftsort. Darüber hinaus erlaubt das Gesetz dem Obersten Wahlgerichtshof (TSE), [Anschaffungen für die Logistik der Wahl zu tätigen, ohne den Kontroll- und Aufsichtsgesetzen für Anschaffungen und Auftragsvergabe in der öffentlichen Verwaltung zu unterliegen](#).

**Opfer des Ausnahmezustands:** Die NGO Cristosal hat in den fast sieben Monaten des Ausnahmezustands in El Salvador [80 Todesfälle in Haft registriert](#). Zu diesen Fällen gehört auch der von [José Serafín Fuentes Guerra](#), 38 Jahre alt, der im Mai festgenommen wurde. Seine Familie wurde nicht von der Regierung, sondern erst Tage nach seinem Tod von einem Bestattungsunternehmen über den Tod informiert. Die Familie konnte die Todesursache nicht feststellen, da der Leichnam in einem versiegelten Sarg übergeben wurde.

Es wurden auch 2.878 Menschenrechtsverletzungen festgestellt. Ein beispielhafter Fall ist der von [Karla García](#), einer schwangeren 17-Jährigen, die verhaftet wurde und im Gefängnis eine Fehlgeburt hatte. [Das neue Büro für Rechtsberatung der Alianza Nacional El Salvador en Paz](#) begleitet Garcias Mutter, die die Freilassung ihrer Tochter fordert. Der aktuelle Zustand des Mädchens ist nicht bekannt.

**Ombudsstelle für Menschenrechte:** Am 14. Oktober ernannte das Parlament Raquel Caballero zur [neuen Leiterin der Ombudsstelle für Menschenrechte in El Salvador](#). Caballero war bereits zwischen 2016 und 2019 in dieses Amt gewählt worden, damals mit der Mehrheit der Stimmen von ARENA und FMLN. Sie [wurde während ihrer Amtszeit der Vetternwirtschaft verurteilt und bestraft](#). [LGBTIQ+ und feministische Organisationen kritisieren die Wahl](#) der konservativen und christlichen Anwältin, die eine Gefahr für die Menschenrechte von gefährdeten Bevölkerungsgruppen darstellen könnte.

**Neuer Flughafen:** Die Regierung beabsichtigt, rund 50 Familien für den Bau eines neuen Flughafens im Osten des Landes [zu vertreiben und umzusiedeln](#). Die Vertreter\*innen der Gemeinden, zumeist Bauer\*innen, [lehnten jedoch am 12. Oktober Verhandlungen mit der Regierung ab](#). Sie behaupten, dass der Preis, zu dem sie ihr Land bewertet haben, zu niedrig ist und dass die Autonome Exekutivkommission für den Hafen (CEPA) sie unter Druck setzt und ihnen mit Kriminalisierung droht, damit sie die Bedingungen des Abkommens akzeptieren. Der Präsident der Autonomen Hafenexekutivkommission (CEPA), Federico Anliker, behauptet, [die "Opposition" manipulierte die Gruppe von Gemeindevertreter\\*innen](#), um sich gegen das Projekt zu stellen.

Der Bau des "Aeropuerto del Pacífico" (Pazifikflughafens) wird die Mangroven im betroffenen Gebiet beschädigen. Das Umweltministerium [stufte das Projekt ursprünglich als "ökologisch nicht durchführbar" ein](#), änderte aber auf Antrag der CEPA die Einstufung der Wahrscheinlichkeit von Umweltfolgen auf "mittelhoch".

Subscribe

Past Issues

Translate ▼

einem Oberst im Jahr 1982. General Guillermo García, der damalige Verteidigungsminister, und Oberst Francisco Antonio Morán, ehemaliger Direktor der aufgelösten Policía de Hacienda, die an Massakern, Folter und gewaltsamem Verschwindenlassen vor dem Friedensabkommen beschuldigt werden, wurden am 14. Oktober festgenommen.

### 3. Guatemala

**Verfolgung der Ex-CICIG:** Die guatemaltekische Staatsanwaltschaft führte am 19. Oktober eine [Durchsuchung des Hauses von Leily Santizo](#), einer ehemaligen Juristin der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG), durch, da gegen sie ein Haftbefehl wegen angeblicher Behinderung der Strafverfolgung vorlag. Sie wurde nicht verhaftet, weil sie nicht zu Hause war. Darüber hinaus wurde ein vierter Haftbefehl gegen den ehemaligen Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption und Straflosigkeit (FECI), Juan Francisco Sandoval, erlassen, der aufgrund staatlicher Verfolgung aus dem Land geflohen ist.

Santizo wurde Anfang des Jahres bereits kriminalisiert. Guatemaltekische Gerichte haben jedoch im Oktober und März dieses Jahres festgestellt, [dass es keine Beweise gibt, die Santizo mit dem Verbrechen der Behinderung der Justiz in Verbindung bringen](#).

**Oppositionsbündnis:** Anfang Oktober kündigte Kardinal Álvaro Ramazzini zusammen mit Politikern und Organisationen der Zivilgesellschaft die [Gründung eines Oppositionsbündnisses](#) an, das sich Convergencia Nacional de Resistencia (Deutsch: Nationale Widerstandskonvergenz) nennt. Er erklärte, [das Bündnis werde sich gegen Korruption, die Kooptation des Justizsystems und die Verfolgung der Zivilgesellschaft einsetzen](#).

**Erneute Verfolgung von Aktivisten:** Der Umweltaktivist der Maya Q'eqchi, Bernardo Caal Xol, [steht erneut vor Gericht](#). Ihm wurde 2017 vorgeworfen, 2012 sein Gehalt für ein Jahr erhalten zu haben, ohne zu seiner Arbeit als Dozent zu erscheinen, was Caal bestreitet. Das Verfahren [hält die gesetzlich festgelegten Fristen nicht ein](#), da es fünf Jahre nach Prozessbeginn stattfindet.

Caal wurde im [März nach mehr als vier Jahren —1520 Tagen— Haft entlassen](#), nachdem er 2018 trotz fehlender Beweise zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Damals wurde er nur aufgrund seiner guten Führung aus der Haft entlassen.

**Preisgekrönte Recherche:** Die Transmedia-Recherche "No fue el fuego" (Deutsch: "Es war nicht das Feuer") der digitalen Medienagentur Ocote [wurde mit dem Gabo-Preis 2022 ausgezeichnet](#), einem der renommiertesten Journalistenpreise in Iberoamerika. [Das Projekt untersucht und analysiert, was vor, während und nach dem Brand im Hogar Seguro im Jahr 2017 geschah, bei dem 41 Mädchen und junge Frauen starben](#).

**Analyse:** Der Journalist Markus Plate hat [einen Radiobeitrag veröffentlicht](#), in dem er die Entstehung des sogenannten "pacto de corruptos" (Pakt der Korrupten) erklärt. Der pacto de corruptos hat ein System der Straflosigkeit etabliert und greift die kritische Zivilgesellschaft konstant und zunehmend an. Dazu ist auch [ein Artikel bei poonal zu finden](#).

## 4. Honduras

**Pressefreiheit und Gewalt:** Der Journalist Edwin Josué Andino und sein Vater wurden am 10. Oktober in Tegucigalpa ermordet. Er war 23 Jahre alt. Das Komitee für Meinungsfreiheit (C-Libre) berichtet, dass die Mörder dem Journalisten den Mund zugeklebt haben, ähnlich wie bei anderen Verbrechen gegen Journalisten in Mexiko. In einer Pressemitteilung der Polizei wurde erklärt, dass die Täter Uniformen trugen, die denen der Militärpolizei für öffentliche Ordnung (PMOP) ähnelten. Laut dem jüngsten Bericht von C-Libre über Pressefreiheit und Repression wurden im Jahr 2022 vier weitere Journalist\*innen ermordet.

**Xiomara Castro in Rom:** Mitte Oktober nahm die honduranische Präsidentin Xiomara Castro am Welternährungsforum der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation in Italien teil. Auf der Veranstaltung hielt sie eine Rede, in der sie das kapitalistische System und die Ungerechtigkeit in den ungleichen Beziehungen zwischen dem globalen Süden und Norden kritisierte. Sie forderte eine Überprüfung von Freihandelsabkommen und Finanzspekulationen, sowie ein alternatives Modell zum Kapitalismus, das Ernährungssicherheit und Souveränität garantiert.

Im Rahmen ihres Besuchs traf sich Castro auch mit Papst Franziskus im Vatikan, mit dem sie über Migration, Armut und Versöhnung sprach.

**Transfeminizid:** Die honduranische trans Aktivistin Melissa Núñez wurde am 18. Oktober in Morocelí, El Paraíso, ermordet. Dies ist bereits der sechste Mord an einer trans Person in diesem Jahr. Insgesamt wurden im Jahr 2022 33 LGBTIQ+ Personen ermordet. Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte forderte die Behörden auf, das Verbrechen zu untersuchen. Nach Angaben der feministischen Organisation CATRACHAS hatte Núñez in den USA Asyl beantragt und wurde im Juli dieses Jahres abgeschoben.

**Radiobeitrag:** Jutta Blume, Andrea Lammers und Steffi Wassermann aus der Mitgliedsorganisation des RT-ZA HondurasDelegation haben im Sommer drei Wochen lang die afro-indigene Organisation OFRANEH (Organización Fraternal Negra de Honduras) in verschiedenen Garifuna-Gemeinden begleitet. Sie haben einen Radiobeitrag über die Heilmethoden der Garífuna veröffentlicht. Diese werden in den Zentren für traditionelle Heilkunst, den Casas de Salud Ancestral, verwendet. Auf der Webseite der HondurasDelegation sind weitere Berichte ihrer Delegationsreise zu finden.

## 5. Nicaragua

**Nicaragua Konferenz in Wuppertal:** Das Informationsbüro Nicaragua lädt am 3. und 4. Dezember zur zweitägigen Nicaragua Konferenz im Kulturzentrum „die börse e.V.“ in

werden. weitere Informationen und Anmeldungen gibt es bis zum 15.11. über [anmeldung@infobuero-nicaragua.org](mailto:anmeldung@infobuero-nicaragua.org).

**Weitere diplomatische Isolierung:** Die nicaraguanische Regierung brach am 30. September die diplomatischen Beziehungen zu den Niederlanden ab, nachdem Daniel Ortega die niederländische Botschafterin für Zentralamerika, Christine Pirenne, in einer Rede scharf kritisiert hatte. Ortega und seine Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo bezeichneten die Niederlande als "interventionistisch" und "neokolonial", weil sie dem Hospital Regional del Caribe Norte die Finanzierung entzogen haben.

Am selben Tag bekräftigte das Ortega-Regime, dass es den von Washington als neuen US-Botschafter in Managua vorgeschlagenen Diplomaten Hugo Rodríguez nicht ins Land einreisen lassen werde. In einem Statement erklärte das nicaraguanische Außenministerium, Rodríguez sei ein "respektloser und undiplomatischer Beamter".

**Sanktionen gegen Nicaragua:** Der Rat der Europäischen Union hat die Sanktionen gegen 21 Vertreter\*innen der Regierung Nicaraguas und gegen drei Institutionen des Landes um ein weiteres Jahr verlängert. Bereits im September musste die EU-Botschafterin zu Managua, Bettina Muscheidt, das Land verlassen, nachdem sie von der nicaraguanischen Regierung zur "Persona non grata" erklärt wurde. Als Reaktion darauf erklärte die Europäische Union auch die nicaraguanische Botschafterin bei der EU, Zoila Müller, zur Persona non grata.

**Familien politisch verfolgter Personen:** Es gibt mindestens zwei Fälle von illegalen Verhaftungen von Familienangehörigen von Personen, die vom Ortega-Regime verfolgt werden. Als Javier Álvarez Zamora am 13. September nicht zu Hause angetroffen wurde, verhafteten die nicaraguanischen Behörden seine Frau Jeannine Horvilleur Cuadra und ihre Tochter Ana Carolina Álvarez Horvilleur, beide nicaraguanisch-französische Staatsbürger. Am folgenden Tag wurde auch sein Schwager Félix Roiz Sotomayor abgeführt. Das Ortega-Regime nahm auch Gabriel López del Carmen fest, der sich im Haus seiner Mutter Andrea Margarita del Carmen Ibarra aufhielt, gegen die ein Haftbefehl erlassen wurde. Allein im Oktober wurden mindestens 17 Personen wegen angeblicher Verschwörung und Verbreitung von Falschnachrichten angeklagt.

**Argentinische Justiz:** Die argentinische Justiz hat eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet, um festzustellen, ob der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega und seine Frau und Vizepräsidentin Rosario Murillo Verbrechen gegen die Menschheit begangen haben. Das von Richter Ariel Lijo geleitete Verfahren wurde aufgrund einer von den Anwälten Darío Richarte und Diego Pirola eingereichten Klage gegen das Ehepaar eröffnet. Vor vier Monaten lehnte das sandinistische Regime eine vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) vorgeschlagene Kommission unabhängiger Experten ab, die Menschenrechtsverletzungen in den Jahren 2018 bis 2022 untersuchen sollte.

**OAS:** Die Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) forderte in einer Anfang Oktober verabschiedeten neuen Resolution zur "politischen Krise und den Menschenrechten in Nicaragua" die Freilassung inhaftierter nicaraguanischer Oppositioneller und ein Ende der Unterdrückung katholischer Kirchenführer. Die Resolution wurde ohne Gegenstimmen angenommen, lediglich El Salvador, Honduras und St. Vincent enthielten sich der Stimme.

[Subscribe](#)

[Past Issues](#)

[Translate](#) ▼

---